

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Neuhofen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 9.

Neuenbürg, Freitag, den 11. Januar 1924.

82. Jahrgang.

## Ein Skandal.

Wie die Blätter melden, beträgt nach ziemlich zuverlässigen Schätzungen der Anteil der deutschen Güter in den schweizerischen Winterkuren St. Moritz und Pontresina, sowie am Gardasee 70 Prozent (französisch 30 Prozent). Die Reichsregierung soll scharfe Maßnahmen finanzpolitischer Art gegen diejenige Reisepolitik planen, die es jetzt ermöglichen können, sich wochenlang in Luxusorten des Auslandes aufzuhalten.

Da lauern sich deutschamerikanische Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Lohn vom Rande ab, um die Rot der Winterlande zu lindern; in Berlin findet jeden zweiten Tag eine Perle nachhause, die in den Berliner Kaufhäusern, Simmering, Wasserbüchsen und Odbachlofenanlagen dieser Tage erschütternde Eindrücke; da ist die ganze Welt voll von der Frage über die allgemeine Verarmung, über Vermögens- und Wohlstandswand, über unerträglichen Steuerdruck, da leben sich unsere Beamte und Arbeiter auf Gehälter und Löhne, die trotz 9. und 10. hundert Arbeitstagen kaum noch die Existenz sichern; da geben gläubende Schülerungen besonders auch über die Not der geistigen Arbeiter hinaus in die Welt und in den schweizerischen Kurorten sind 1/2 aller Kurgäste trotz vorerwähnter Saisonpreise — Deutsche!

Welche Sorte deutsches Edelgewächs mag sich da breit machen? Natürlich auch neuere Schicht, welches mit Hilfe von Bank und Börse und dem nötigen weissen Gewissen so viel Geld verdienen macht, daß man mit Amerikanern, Engländern und Franzosen konkurrieren kann; ja noch mehr: deren Zahl schreieft völlig zusammen gegenüber dem Deutschen! O Schande!

Wie weichen Gefühlen mögen die Ausländer in Dabod u. a. O. auf solche „Deutsche“ sehen? Auf solche verantwortungslos, jeden Gemeinwohlgefühls baren Verräter, vollends, wie noch markiert werden sollte, daß „man es ja hat“, „ich so etwas leisten kann“. Werden die Ausländer diese Betrachtung nicht auf das deutsche Volk übertragen? So leiden wir alle unter dem bösen Beispiel dieses neuartigen Devianens.

Es gefiel und schon in Friedenszeiten nicht, wenn der Kronprinz die Saison in Dabod mitmachte und mit den Bobbleigh-Größen der Welt in die Schranken trat. Aber damals waren wir noch ein wohlhabendes, wohlbehendes Volk, das nach außen auf dem Gipfel der Macht stand. Und heute!

Seinungsjagd, Vermögensverlust, Erniedrigung haben in unzähligen jedes Gefühl für die Volksgemeinschaft und nationale Würde erstickt; das Gefühl dafür erstickt, daß die tatsächliche Not von Reich und Volk jedem einzelnen bestimmte Duldung auferlegt und namentlich dann, wenn wir mit Ausländern in Berührung kommen!

Nach jedem Befehl, der nicht auf ehrlicher Arbeit beruht, der mühsel erworben wird und anstatt der Not des Volkes dienstbar gemacht, dem Vergernis dient, dazu noch in Luxus-ebenen des Auslandes!

Der noch allen steuerlichen Brandstiftungen und solchen der Marktentwertung noch so viel schadet, um die Saison in den teuersten Weltstädten mitmachen zu können, dessen Vermögen gehört eingezogen und er selbst an den Pranger gestellt. Wäre die Regierung aber nicht nur starke Worte finden! Wir warten auf die Taten!

## Deutschland.

Breslau, 8. Jan. Die Zahl der Erwerbslosen im badischen Oberland ist so groß, daß die eingerichteten Rothhaushaltsarbeiten nicht ausreichen, um die Leute zu beschäftigen. Es wird deshalb von zuständigen Stellen wieder der Plan einer Verarbeitung des Rheinvorlandes erörtert. Es handelt sich hauptsächlich um das Gebiet zwischen Klein-Rems und Neuenbürg, wo noch weite Strecken brachliegenden Landes vorhanden sind, die durch Uebernahme von fruchtbarem Acker oder Gartenland ungenutzt werden können. Die Kosten dieser Arbeiten sind allerdings sehr hoch. Die Entscheidung liegt jetzt beim Arbeitsministerium.

Dresden, 10. Jan. Die radikale sächsische Regierung hatte vor ihrem Rücktritt durch Rotverordnungen eine Gewerbesteuer eingeführt, die der neue Finanzminister Dr. Reinhold, ein Demokrat, für unmöglich hält. Er stellte in einer Besprechung mit Pressevertretern fest, daß allein eine Leipziger Firma den Kleinstbetrag von zwölf Millionen Goldmark an Gewerbesteuer zu zahlen hätte, und daß andere Firmen, die sich um einen heute recht ansehnlichen Bankrott von 50 000 Goldmark bemühen, nach der Rotverordnung mehrere 100 000 Mark allein an Gewerbesteuer zu zahlen hätten. Bei der Durchführung der Rotverordnung befände die Industrie der Umwandlung der Industrie aus Sachsen. Er habe deshalb eine Verordnung über die Stundung der Gewerbesteuer erlassen. Am Dienstag werde er Vertreter der Gewerbetreibenden und anderer Organisationen empfangen, um zu besprechen, was die Wirtschaft bis zur äußersten Grenze leisten könne.

Hamburg, 10. Jan. Senator Dr. Breiten, der Führer der Demokratischen Partei, ist zum Bürgermeister von Hamburg gewählt worden und scheidet aus der aktiven Politik aus.

Hamburg, 10. Jan. Wegen der Erfüllung der Polizeiwache 42 gelegentlich der kommunistischen Oktober-Unruhen in Hamburg verurteilte das außerordentliche Gericht des Reiches wegen vollendeten Hochverrats einen Angeklagten zu zehn Jahren, sechs Angeklagte zu je sechs Jahren, acht Angeklagte zu je fünf Jahren, zwei Angeklagte zu je vier Jahren, drei Angeklagte zu je drei Jahren und zwei Angeklagte zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis. Außerdem wurden wegen verbotenen Waffentragens Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahre verhängt.

## Vereinfachungen in der Gemeindeverwaltung.

Vom Württ. Gemeindegewand wird uns geschrieben: Nach dem Staatshandbuch von 1912 gibt es in Württemberg 694 Gesamtgemeinden, die sich aus sog. Teilgemeinden zusammensetzen. Solche Teilgemeinden sind es zusammen 2884. Diese besitzen eigene Rechtsfähigkeit, haben eine eigene Vertretung und verwalten ihre örtlichen Angelegenheiten in der Hauptsache selbst. Eine Gesamtgemeinde umfaßt bis zu 25 Teilgemeinden. Letztere sind meist kleine Weiler oder Dörfer. Die Gesamtgemeinden sind in allen Oberamtsbezirken, am häufigsten im Jagst- und Donautal, vertreten. In der Mehrzahl der Teilgemeinden ist ein besonderer Teilgemeinderat, der auf der gleichen Grundlage, wie die Gemeinderäte geschlossener Gemeinden gewählt werden mußte, sowie ein Anwalt und Ortsrichter aufgestellt. Letzterer verwaltet die Teilgemeindevorgänge mit besonderer Rasse- und Rechnungsführung. Die Voraussetzungen und abgeschlossenen Rechnungen der Teilgemeindevorgänge unterliegen der Prüfung der staatlichen Aufsichtsbehörden. Die Einwohnerzahl der Teilgemeinden liegt in der Regel unter 100. Die Aufgaben der einzelnen Teilgemeindevorgänge sind dementsprechend von geringem Umfang und stehen in einem krassen Mißverhältnis zu den beträchtlichen Kosten, welche durch den hierfür eingerichteten Verwaltungsvorstand entstehen. In der Praxis wird das bestehende System der selbständigen Teilgemeinden schon längst als eine lästige, zu kostspielige und überflüssige Einrichtung verworfen. Die Gesamtheit der in einem Bezirk zusammengehörigen Teilgemeinden, die Gesamtgemeinde, hat für die ihr vorbehaltenen Aufgaben ebenfalls einen eigenen Gemeinderat und die nötigen Organe für die Vermögens- und Steuerverwaltung zu unterhalten. Der Beamtenabbaß ist auf alle Gemeinden ausgedehnt worden. Die ländlichen Gemeinden haben in der Verarmung der Bevölkerung die äußerste Sparmaßnahme geübt, die ohne Gefährdung des Erhaltungszustandes der Gemeinden nicht mehr getroffen werden kann, ohne daß eine Einschränkung der letzteren vorliegt. Es ist Tatsache, daß sämtliche von den besonders hierfür aufgestellten Organen der Teilgemeinden zu besorgenden Aufgaben einfacher und billiger durch diejenigen der Gesamtgemeinden ohne Vermehrung des Personals der letzteren verrichtet werden könnten. Der Württ. Gemeindegewand hat deshalb an das Württ. Staatsministerium Anträge gestellt, welche die Aufhebung der selbständigen Vertretung und Verwaltung der Teilgemeinden bezwecken.

## Der pfälzische Separatistenführer erschossen.

Paris, 10. Jan. Der „Daily Mail“ wird aus Mainz gemeldet, daß der Präsident der separatistischen Regierung in der Rheinpfalz, Deins, gestern abend 9.30 Uhr in einem Restaurant in Speyer ermordet wurde. Es werden folgende Einzelheiten gemeldet: Drei Unbekannte drangen plötzlich in den Saal ein und riefen „Dante hoch“. Sie gaben sofort Feuer und Deins, der gerade zu Abend speiste, brach tödlich verwundet zusammen. Einer der Mörder wurde leicht verletzt. Die Missetäter sind entkommen. Die Polizei- und Sicherheitsbehörden haben in der gesamten Stadt Durchsuchungen vorgenommen. Sämtliche Autos, die Speyer verlassen, werden von den Parrouillen untersucht. — Von deutscher Seite liegt eine Befragung der Mörder noch nicht vor. Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß Deins getötet worden ist, so wird eine Nachprüfung der Verhältnisse notwendig sein, die man sich zu dem Fall äußern kann. Die „Daily Mail“ ist das deutschsprachigste Blatt in England und kann seinen Anspruch auf Zuverlässigkeit nachweisen.

Mainz, 10. Jan. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind bei dem gestern abend ausgeführten Mord an Deins noch vier weitere Totschöher und mehrere schwer Verwundete zu verzeichnen. Die Namen der Toten sind Weis, Sob, Weigel, Fußbecker. Ein gewisser Villenhal befindet sich unter den schwer Verwundeten.

## Festnahme eines deutsch-dänischen Dogenen.

Auf Veranlassung des Generals von Seeth ist am Dienstag in Dabod ein Dr. von Bremer, welcher an einem Berliner wissenschaftlichen Institut beschäftigt ist, verhaftet worden. Wie eine Nachrichtenstelle dazu erzählt, ist die Festnahme des deutsch-dänisch orientierten Dogenen auf Grund eines Briefes erfolgt, in welchem er aus Anlaß der Münchner Rosenbergs-Ereignisse scharfe Angriffe gegen Herrn von Rahr und die dänische Reichswehr gerichtet hatte. Dieses Schreiben sei dem Empfänger auf noch nicht aufgeklärte Weise entwendet und einer anderen Organisation in die Hände gelangt worden, die es dann zur Veröffentlichung in einer Korrespondenz benutzte.

## Zentrum und Beamtenabbaß.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums nahm in ihrer gestrigen Fraktionsstimmung eine Resolution gegen den Beamtenabbaß, insbesondere gegen dessen Ausdehnung auf die Opfer des passiven Widerstandes an, und beschloß sich dann mit den Vorgängen in der Wola. Es wurde beschlossen, an die Reichsregierung eine Interpellation zu richten, in der unter Hinweis auf das Treiben der von den Franzosen unterführten Separatisten die Reichsregierung gefragt wird, was sie im Benehmen mit der bayerischen Regierung zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse und zum Schutz der Reichsrechte zu tun gedenke. Nach der „Germania“ hat die Zentrumsfraktion des Reichstags einstimmig eine Entschließung angenommen, welche die bei der Durchführung des an sich notwendigen Personalabbaßes vorerwähnten Härten bedauert. Insbesondere wendet sich die Fraktion gegen die Verwendung, durch welche alle obersteinsten Rückstellungenleiter und -Lehrerinnen, die noch keine Wiederanstellung erlangt haben, in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden und gegen die Ausdehnung des Personalabbaßes auf die Opfer des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr (Belagerte und Beschränkte). Eine Nachprüfung dieser Maßnahmen wird gefordert.

## Der erste Ausweis der deutschen Rentenbank.

Berlin, 9. Jan. Die deutsche Rentenbank legt nunmehr ihren Ausweis für den 30. November und den 31. Dezember 1923 vor. Darnach beträgt die Belastung der Wirtshaft zu Gunsten der Rentenbank 3,2 Milliarden Mark. Der Bestand an Rentenschulden betrug Ende November 1,56 und Ende Dezember 2,40 Milliarden Rentenmark. An das Reich sind bis zum Jahresabschluss gegeben an unwirksamen Darlehen 200 Millionen Rentenmark und an versinslichten 1 Milliarde Rentenmark. Ueber diejenigen Beträge, die die Rentenbank, sei es aus eigenen Beständen, sei es aus Mitteln der Rentenbank, bis Ende Dezember der Wirtshaft als Kredite gegeben hat, liegen noch keine Angaben vor. An die Rentenbanken wurden bis zum Jahresabschluss für die Wirtshaft 33 996 000 Rentenmark-Darlehen gegeben.

Kasse, Giro, Postkassen und Bankguthaben betragen am Jahresabschluss 11 968 754,40 Rentenmark. Robillen u. a. 61 600,39 Rentenmark. An Passiven werden per 31. Dezember 1923 ausgewiesen 2,4 Milliarden Rentenmark Grundkapital, 800 Millionen Rentenmark Grundbesitz, 1 241 999 853,28 Rentenmark umlaufende Rentenschulden und 16 000 Rentenmark umlaufende Rentenschulden. Vom Umlauf der Rentenbank entfallen auf Reichskredite 1,2 Milliarden Rentenmark, auf die Notenbanken 33 996 000 Rentenmark und auf den Bankverkehr 8 400 853,28 Rentenmark.

## Ausland.

### Englands Schockzüge gegen Frankreich.

Wie der „Era“ aus Triest meldet, hat die Londoner Regierung der serbischen Regierung eine Note geschickt, in der sie Verzicht auf die serbische Schuld verlangt sowie Aufschub fordert über die Frankreich für die neue Anleihe von 200 Millionen gewährten Garantien. Die englische Note macht in Regierungskreisen lebhaften Eindruck, während die Öffentlichkeit ihre Bemerkung über die energische Haltung Englands nicht verhehlt. Der „Times“ nennt den englischen Schritt unerwartlich und weist darauf hin, daß Frankreich ein souveräner Großstaat sei, dessen finanzielle Beziehungen zu seinem Verbündeten und Freunden der englischen Kontrolle nicht unterliegen.

### Die Arbeiterpartei zur Kabinettsbildung bereit.

London, 10. Jan. In der gestrigen Versammlung der Parlamentarier der Arbeiterpartei unter dem Vorherrschaften MacDonalds wurden alle bisherigen Beamten der Partei bis auf weiteres wiedergewählt. Ferner wurde beschlossen, daß die Arbeiterpartei, falls sie zur Kabinettsbildung berufen werden sollte, dieser Forderung zustimmen soll.

### Englische Stundungsgesuch an Amerika?

London, 10. Jan. Beträchtliches Aufsehen erregt ein Artikel der „Daily Express“. In diesem Artikel wird es als äußere Währungsnot und gar als mögliche Hungersnot, daß die englische Regierung die Vereinigten Staaten bitten wird, die Zahlung der englischen Kriegsschulden auf vier bis fünf Jahre zu rufen, bis sich die finanzielle und wirtschaftliche Kraft Englands wieder so gehoben habe, daß es zahlen könne. Eine derartige Entzweiung würde dem Gläubiger nur zum Vorteil gereichen, da er dadurch später mit einem Schuldner zu tun habe, der sich in neuem Wohlstand befindet und daher auch die beiderseitigen Handelsbeziehungen ertragreicher gestalten könne. In Verbindung mit dieser Auslassung des „Daily Express“ wird von politischen Kreisen auf die gegenwärtige Anwesenheit Lord Beaverbrooks in den Vereinigten Staaten und seine Unterredungen mit dem bekannten amerikanischen Finanzmann Otto Kahn hingewiesen. — Sollte diese Nachricht auch nicht zutreffen, so ist schon allein die Veröffentlichung und Verbreitung dieses Gedankens für Deutschland von größter Bedeutung. Wenn das wohlhabende, freigebige englische Weltreich seine Schulden gestundet haben will, wieviel eher ist dann das geschlagene und verarmte Deutschland hierzu berechtigt?

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 10. Jan. (Vorherrschaft bei Annahme von Rotgeld!) Nachstehend aufgeführte Rotgeldsorten verfallen in den nächsten Tagen und ist deshalb dringend zu raten, dieselben unverzüglich der Bank zu übergeben, bzw. die Annahme zu verweigern: Eisenbanknoten unter 100 Milliarden (verfallen am 10. Januar 1924)

Berlin, Württ. Industrie- und Handelsbanknoten (verfallen am 15. Januar 1924)

Berlin, Württ. Goldnoten des Arbeitgebernverbands der Edel- und Nadelmetallindustrie GmbH (verfallen am 15. Januar 1924)

Badische Scheine jeder Art werden von den Banken und öffentlichen Kassen nicht mehr angenommen.

Des Weiteren werden a. H. die frühere Reichsbanknoten in Verkehr gebracht, die von vielen Gewerbetreibenden auf Zahlung in Papiergeld als vollwertig herausgegeben sind. Dies ist nicht zulässig. Die Reichsbanknoten sind amtlich anerkannt und gelten als Zahlungsmittel. Wegen der früheren Reichsbanknoten, die als Wechselgeld sehr gute Dienste leisten und bezüglich des Wechselgelds den Kunden keinen Nachteil nachsehen, herrschen allgemein die verschiedensten Ansichten; es wäre zu wünschen, daß sich die Reichsregierung eine diesbezügliche Entscheidung allem Jüngsten ein Ende bereite. (Schluß)

## Württemberg.

Stuttgart, 10. Jan. (Minister a. D. Baumann wird Weiskrüger.) Der frühere württ. Ernährungsminister Baumann

**oleum,**  
grosse und kleine Posten,  
prezios billig.  
und Grossabnehmer er-  
preise bei freier Zufuhr.  
**& Wackenhut,**  
Kleine Gerberstr. 3,  
er 2749 und 4018.  
**ankarten**  
sche Buchdruckerei.  
**Anöpfe**  
und in jeder Größe  
liebiger Menge sind  
erhalten bei : : :  
Calmbach a. E.,  
rstrasse 18.







nd Kredit-Gesellschaft. Der  
in von einem Amerikaner  
erhalten habe. Diese  
es ergab sich, daß der  
genannt ist. Die Schieber  
ein Gutachten über den  
und die Schätzungen (Schwan-  
Dollars. Der Amerikaner  
wiedergegeben. Eine Nacht  
erbrachen, da aber der Stein  
Silberlingen gestohlen.

Die Brotgetreideernte be-  
stehen Gebiet des Deutschen  
luna kommen noch 2 Millio-  
nen und sind außer-  
an Ausfuhr abzugeben, so  
treibereierzeugung 15,4 Millio-  
nen hatten. Im Jahre 1923  
10 Millionen Tonnen Brot-  
getreide sechs Monaten des Jahres  
geführt, so daß und also ins-  
erfüllung fanden. Trotz der  
Jahre zu verzeichnen hatten,  
kommen Brotgetreide einge-  
kornen. — Nach der Ver-  
wir in diesem Jahre einen  
der, 1,5 Millionen Körner,  
Tonnen Schweine auf. Dazu  
2 Stück Rindern, 23 1/2 000  
einen und eine Fünftel von  
innen Schaffisch und 21 700  
Tonnen Schmalz. In  
schätzungsweise Fleischverbrauch  
vorigen Jahr auf 26 Millio-  
nen Durchschnittsverbrauch  
jetzt zu bringen, fehlen und  
so daß eine Einfuhr von 1,5  
Mrd. Der Viehbestand im  
ig der angegebenen Zahlen  
und hat sich um 0,8 Millionen  
erhöhung nicht unferen Ver-  
um 10 Prozent zurückgegan-  
gleich des Ausfalls hat durch  
verrichten Ferkeln fanden und  
zur Veräußerung. Stütz-  
Tonnen ergaben einen Ge-  
22 nur 36 000 Tonnen und  
gegenüberstanden. An tier-  
prozent. — Die Milchver-  
Im Jahre 1915 betrug die  
Millionen Liter, außerdem  
einen hinzu. Im Jahre 1923  
Alter Milch zur Verfügung  
Die Kartoffelernte, die bei  
im jetzigen Gebiet im Jahre  
1923 nur 31,4 Millionen  
in also 12,6 Millionen Ton-  
prozent der Verfertigung ge-

ern getötet. Viele Zustände  
der Gendarmen mit An-  
nungen. An der früheren  
ense beim Dorf Weisthor  
an bestehende Gendarmen-  
häusern angegriffen. Bei  
drei Gendarmen erschossen.  
und ihr Hauptmann Sava  
Dinar ausgehört sind,  
einen Betrug zurück des  
andere ermordeten und ge-  
die Weichen nach Estime ge-  
des Landes eine noch  
i Beschuldigung wurde eine  
aus dem Hinterhalt überfall-  
der Stelle tot, einer wurde  
abgehändert. Die restlichen  
glaubt, daß sie von dem  
wurden.

anrichtung Schiffsverkehr  
Tagen zwei Tiere, die sich  
und etwas freuten. In dem  
haben, gab er Feuer und  
kleines Wasser sprang, je-  
dann. Durch einen zweiten  
Dabei gewählte der  
offen hatte.

off verunglückt. Wie aus  
wurde in der Nähe der Röhre  
Lanten „Louisiana“, nachdem

Da ist nun alles französisch  
hier dort, ein alter Mann,  
lassen. So hielt ich's aus.  
in verließ den Dienst für ihn  
erzählt es aus dem Mund der  
er gestorben, da hielt mich  
Stellung und Ausfuhr auf,  
steht in Alchastenburg ist,  
sein allezeitgenossen —

ne zu antworten.  
Sie dann nach einer Weile,  
Härtere. Keine Heimat zu  
die uns ausgelassen hat;  
der Menschen zu beschien  
Haber, Feindschaft und töd-

immer auf die Sprechende  
Mitleiden mit ihrem Lobe  
daß sie nur von ihrem

ntgegens es dann. „Und  
te sie unbeschlagen, als er  
den Trost hat, zuweilen  
leicht wenn Sie irgendeine  
— gewiß wird es Ihnen  
aber die Vorgänge, die  
— ich brauche Ihnen nicht  
man dürfte, wenn Sie m'r  
(Fortsetzung folgt.)

ed 24 Stunden hilflos vom Sturm hin- und hergetrieben war,  
mit nur noch 7 Mann Besatzung aufgefunden.  
Die letzte Skavin. Aus Kapstadt wird gemeldet, daß in  
Pieternaburg Natal, die letzte Kaffirerin gestorben ist. Es  
ist eine Madamdomerina Alema Daffant, die ein Alter von  
110 Jahren erreichte. Vor 99 Jahren, in ihrem ersten Jahre,  
war sie durch die Ausbeutung der Sklaverei in Südafrika frei  
geworden. Als ganz kleines Kind war sie auf Mozambique ac-  
tischen Sklavensklaven in die Hände gefallen und einem Kap-  
engländer verkauft worden. Ihr zweiter Mann ist vor einiger  
Zeit im Alter von 108 Jahren gestorben.

Arau Raffele hat Besuch. Sie liest gerade M. v. Wolos  
Friedrichs, „den Schnees Buch, das! Richtig interessant!  
Ich nö, von den allen Fris, na ja, war ja n' d'ollen Keil, so  
mit die Damens. — Tja, un mußte 'o unwillkürlich enden.“ — „Na,  
wieso denn?“ — „Er mordet dann je ihn.“ — „Ree, der is doch  
gestorbn.“ — „Ree, der is doch ermordet worden.“ — „Die gloob'n's  
nich? Kommen Se mal in mein Mann sein Studio — sehn Se,  
da hängt bei Bild, da steht's draunter: Friedrich der Große in  
seiner Sterbestunde nach einem Stich von Mengel — sehn Se!“

### Handel und Verkehr.

Calw, 9. Januar. Dem Vieh-, Pferde- und Schweine-  
markt waren insgesamt 83 Stück Viehvieh zugetrieben, dar-  
unter befanden sich 6 Stück Ochsen, 14 Stiere, 30 Kühe,  
13 Kalbinnen, 20 Jungvinder. Bezahlt wurde für Jög-  
ochsen 200—500 M., Kühe 100—370 M., Kalbinnen 240  
bis 450 M., Rinder 87—180 M., alles je per Stück. — Auf  
dem Schweinemarkt waren 60 Stück Käufer und 240 Milch-  
schweine zugeführt. Bezahlt wurde für Käufer 50—90 M.,  
für Milchschweine 20—35 M. je pro Paar. — Auf dem  
Pferdemarkt war nichts zugeführt. Sowohl auf dem Vieh-  
als auch auf dem Schweinemarkt übten die Käufer große  
Zurückhaltung.

Stuttgart, 10. Jan. (Börsebericht.) Die Lustlosigkeit  
an der Börse hält an und es gab weitere Abschwächungen.  
Auch der Freibörse verzeichnete Abwärtsbewegungen. Es no-  
tierten: Von Banken: B. Hypothekbank minus 0,25 (2 1/2),  
W. Notenbank minus 20 (60), Württ. Vereinsbank minus  
0,25 (4 1/2); von Brauereien: Eßlingen plus 1 (16), Pfauen  
minus 5 (10), Württ.-Hörsing, minus 8 (10), Walle minus  
1 (7); von Textilwerten: Erlangen minus 2,5 (13,5), Un-  
terhausen minus 10 (50), Vöchtelheim minus 5 (85), Kolb  
und Schüle minus 1 (20), Kotteln plus 1 (36), von Ma-  
schinen- und Metallwerten: Daimler plus 0,2 (4,1), Fein-  
mechanik Kautl plus 3 (42), Hohner plus 5 (50), Jung-  
hans plus 0,5 (11), Koch minus 4 (20), Laupf. Werkzeug-  
maschinen 2 (42), Rograts minus 0,5 (3), Eßlingen plus 0,5  
(8,5), Hesser plus 0,15 (5,25), Weingarten plus 2 (24),  
Redarjalm plus 0,4 (6,4); von den übrigen Werten: Bad.  
Anilin minus 0,75 (25,75), Hamb. Woll. plus 1 (7), Welfer  
plus 0,1 (1,5), Befig. Del plus 1 (36), Cement Heidelberg  
plus 4,5 (17,5), Germania Lin. plus 1 (17), Kaiser Otto  
plus 0,15 (3,9), Knopf minus 0,1 (4,9), Köln-Rottw. minus  
0,85 (11,9), Kraft Altmühl, minus 2 (10), Krumm minus  
0,1 (3,8), Redarwerke Eßlingen minus 0,45 (3,3), Selt  
Wachenheim plus 1 (31), Schlepsschiffahrt plus 2 (15),  
Stuttg. Wäcker minus 0,25 (9,25), Stuttgarter Straßenbahn  
minus 0,5 (7), Stuttg. Zucker minus 0,05 (7,75), Südb.  
Holz plus 0,5 (18), Union D. B. plus 1,5 (9,5), Verein.  
Del plus 2 (50), Verein. Filz plus 5 (45), Württ. Elektr.  
plus 0,1 (8,1), Württ. Transport plus 5 (55), (55 Bil.),  
Ziegel Ludwigsburg minus 0,75 (12,25). Die übrigen  
Werte waren unverändert.

Stuttgart, 10. Januar. (Landesproduktionsbericht.) Das  
Angebot in inländischer Ware ist größer geworden; die  
Preise, die in den letzten Tagen etwas höher waren, sind  
gegen unsere letzten Notierungen wieder ziemlich unverändert.  
Es notieren je 100 Kilo: Weizen 20,50—21,50 (am 7.  
Januar 20,75—21,75), Sommergerste 17,5—18,5 (unv.),  
Roggen 17,5—18 (unv.), Hafer 13—14 (13,5—14), Weizen-  
mehl 32—33 (unv.), Vrotmehl 29—30 (unv.), Kleie 8—8,5  
(unv.), Weizen 8—8,5 (unv.), Kleie 9—10 (unv.).

Stuttgart, 10. Januar. (Schlachtwiehmärkte.) Dem  
Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt:  
283 Ochsen (amerlauft 83), 33 Bullen, 300 (50) Jung-  
bullen, 320 (50) Jungvinder, 268 (68) Kühe, 761 Kälber,  
593 Schweine, 20 Schafe. Erlös aus je 1 Pfund Lebend-  
gewicht in Goldpfennig: Ochsen 1. 33—36 letzter Markt  
34—37), 2. 21—31 (22—32), Bullen 1. 29—33 (32—34),  
2. 21—27 (24—30), Jungvinder 1. 35—38 (unv.), 2. 27  
bis 32 (28—33), 3. 22—26 (24—27), Kühe 1. 23—28  
(24—28), 2. 15—20 (16—22), 3. 8—12 (8—14), Kälber  
1. 46—48 (48—52), 2. 41—45 (43—47), 3. 36—40  
(38—42), Schweine 1. 73—75 (74—76), 2. 67—71 (68  
bis 72), 3. 60—65 (62—66). Verkauf des Rindes bei  
Schweinen beliebt, sonst langsam. Großvieh Ueberstand.

Stuttgart, 10. Jan. (Vom Wochenmarkt.) Die Zu-  
fuhr auf dem Obstmarkt war heute recht erheblich.  
Schöne Ware kostete 22—24 Pfennig. „Auf dem Fettmarkt  
fällt der große Preisunterschied zwischen Landbutter (1,60  
bis 1,85 Mark) und Molkereibutter (2,20—2,50 Mark) auf.  
Amerikanisches Schweinefleisch kostete 85 Pfennig bis  
1 Mark. Margarine und Kakaopfet sind bis auf 65 Pfennig  
heruntergegangen.“

Ellwangen, 9. Jan. (Pferdemarkt.) Es wurden be-  
zahlt: für 2-jährige Fohlen 600—800 Mark, mittlere und  
ältere Arbeitspferde 300—400, bessere 600—700 Mark,  
schwere Händlerpferde 1500—2000 Mark.

Schweinemärkte. In Ludwigsburg betrug die  
Zufuhr: 9 Käufer- und 81 Milchschweine. Ein Milchschwein  
kostete 13—17 Mark. Der Verkauf ging langsam. — In  
Schwennungen waren zugeführt: 18 Milch- und 2 Käu-  
ferschweine. Bezahlt wurden für Milchschweine pro Paar  
22—34 Mark. Der Handel war lebhaft.

### Neueste Nachrichten.

Rhein, 10. Jan. Laut „Rheinischer Volksztg.“ sind  
jetzt alle Betriebe der Düsseldorf-er Metallindustrie stillgelegt.  
Zum 12. Januar haben die kommunistischen Betriebsräte  
einen Kongress für Rheinland und Westfalen nach Düsseldorf  
einberufen, der eine einheitliche Kampfleitung für die  
Durchführung der Generalstreikparole für Rheinland-West-

falen bestimmen und eine feste Verbindung mit den Scharen  
der Erwerbslosen herstellen soll.

Sölingen, 10. Jan. Die Betriebsräte der freien Ge-  
werkschaften beschließen, nachdem der Arbeitgeberverband die  
Tarife für die Metallindustrie gefändigt hat, am Freitag in  
den Generalstreik einzutreten. Als Grund wird der Schutz  
des Achtstundentages angegeben. Die Organisationen der  
Deutscher Arbeiter, der christlichen Gewerkschaften und der So-  
zialer Industriearbeiterverbände haben sich dem Beschluß  
der Betriebsräte nicht angeschlossen.

Krefeld, 10. Jan. Sämtliche Arbeiter der Krejelder  
Seiden- und Samtindustrie traten gestern wegen Lohnfrei-  
willigkeiten in den Ausstand. Es kommen etwa 8000 Arbeiter  
in Frage.

Berlin, 10. Jan. Der Reichsarbeitsminister hat den  
von den Gewerkschaften abgelehnten Schiedsspruch, der für  
den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau unter wie über Tage  
die Leistung von Mehrarbeit vorsehlt, für verbindlich erklärt.  
Auf der Grundlage der in dem Schiedsspruch geregelten  
längeren Arbeitszeit haben die Tarifparteien einen Schieds-  
lohn von durchschnittlich etwa 4 Mark einschließlich Teu-  
erungszulage vereinbart.

Berlin, 10. Jan. Der „Berliner Lokalanz.“ meldet,  
der Haftbefehl gegen Dr. v. Weizsäcker sei erfolgt, weil er  
Reichswehrangehörige zum Ungehorsam gegen Vorgesetzte  
aufgefordert habe. Dies sei in einem Briefe an einen Be-  
kanten geschehen, worin er sagte, kein anständiger Mensch  
dürfe mehr mit Angehörigen der Reichswehr verkehren wegen  
des schandbaren Verhaltens derselben am 9. November in  
München.

Berlin, 11. Januar. Bisher wurden rund 54000 Be-  
amte auf Wartegeld gesetzt. Das Ergebnis des Personal-  
abbaus wird auf 83 Millionen Goldmark veranschlagt. —  
Die interalliierten Militärkontrollkommissionen, die größtenteils  
unter Führung englischer Offiziere standen, und ebenso  
die ihnen beigegebenen deutschen Verbindungsoffiziere, die  
ihre Tätigkeit in Zivil ausübten, haben gestern in Berlin,  
München, Frankfurt und Moskau Kontrollen ausgeübt. —  
Nach dem „Vorwärts“ einigten sich die Parteien bei den  
gestrigen Berliner Lohnverhandlungen für den Kalibergbau  
auf eine Lohnerhöhung um 28,57 Prozent. Am 20. Januar tritt  
eine Ermäßigung der Gültertarife der Reichsbahn um 8 Prozent ein. —  
Der Dollarkurs erfährt keine Veränderung.

London, 10. Jan. Wie aus Hull gemeldet wird, ver-  
anlassten deutsche Streikposten die Mannschaft des aus  
Deutschland angelaugten Dampfers „Herbert Fischer“ zum  
Anschluß an die Streikbewegung. Der Mannschaft des  
Dampfers „Replan“ wurde von dem Vertreter der deutschen  
Reederei erklärt, daß sie ab 3. Jan. die britischen Lohnsätze  
nachgehen werde.

London, 11. Jan. Die Admiralität gibt bekannt,  
daß das Unterseeboot „L. 24“ auf der Höhe von Portland  
untergegangen ist. Man befürchtet, daß die gesamte Ma-  
schinerie des Bootes zerstört sei. Das Unterseeboot „L. 24“ hatte  
eine Verdrängung von 890 Tonnen über Wasser und führte  
eine Besatzung von 30 Mann an Bord. Der Verlust des  
Unterseeboots wurde durch einen Zusammenstoß mit dem  
Schlachtkreuzer „Resolution“ veranlaßt.

London, 10. Jan. In einer Botschaft Lord Robert  
Cecil an die Völkervereinigung aus Anlaß des vier-  
zigjährigen Bestehens des Bundes heißt es u. a.: Der euro-  
päische Frieden ist noch nicht gesichert. Die deutsche Frage ver-  
sperrt den Weg. Bis diese gelöst sei, könne kein wesentlicher  
Schritt zum Wiederaufbau Europas erhofft werden. Die  
Reparationsfrage müsse gelöst werden. Deutschland müsse  
in den Völkervereinigung aufgenommen werden, wenn möglich auch  
Rußland. Dies seien die Aufgaben des Jahres 1924.

Ein Vortrag des Reichspräsidenten Loh.  
Stuttgart, 10. Jan. Vor einer sehr zahlreich besetzten  
öffentlichen Versammlung sprach Reichspräsident Loh über  
das Thema „Deutschland, Frankreich und die Politik der So-  
zialdemokratie“. Der Redner führte in 1 1/2 stündigem Vortrag  
aus, daß anders als durch eine Verdrängung mit Frankreich die  
Beziehungen zwischen den beiden Ländern als auch der menschen-  
schädliche nicht-aufgebaute werden könnten. Vorbedingung der  
Verständigung zwischen 2 Völkern, die derart einander ge-  
genüber stehen wie Frankreich und Deutschland, sei, daß wir  
die Gründe des Gegners auch mit dessen Augen anschauen ver-  
stehen. Der Vortragende stellte hierauf die deutsche und die fran-  
zösische Auffassung einander kritisch gegenüber und betonte,  
daß nur aus dem gegenseitigen Verständnis gegenseitig ge-  
gründeter Deutschland es zu verstehen sei, daß Frankreich die Sicherheit  
vor zukünftigen Angriffen oder den Reparationen gelte, die  
Schwächung des Gegners über dessen Zahlungsfähigkeit. Dabei  
auch die Berücksichtigung der Lösung der Reparationsfrage, die  
Sorge Frankreichs, sich einigum militärische Truppen zu  
verschaffen, dabei auch die Ruhrbesetzung. Der Redner ging  
des näheren auf den Ruhrkampf ein, in dem 1/2 Jahre der Be-  
setzung und viel gelost hätten, als wir in 1 1/2 Jahren an  
Reparationen hätten bezahlen müssen. Ein aktiver Widerstand  
gegen die Besetzung sei ausgeschlossen gewesen; ein Anschlag  
an England sei gleichfalls nicht verlockend, da bei der Neutralität  
zwischen England und Frankreich bei einer kommenden Aus-  
einandersetzung der Kriegsschicksal nur auf deutschem Boden  
sein werde. Angehts dieser Lage könnten wir nicht Macht-  
politik, sondern nur eine Politik des Rechts, der Erfüllung und  
der Versöhnung treiben und müßten mit dieser Friedenspoli-  
tik selbst den Anfang machen. Unsere 1. Aufgabe dabei sei,  
die Gegenwart mitzutragen zu helfen, insbesondere durch Kampf  
gegen den Geist des Rachekriegs und der militärischen Ver-  
breitungen. Die 2. Aufgabe bestände darin, zu versuchen, die  
Reparationen zu leisten, die möglich seien. Letzteres sei nur  
möglich durch eine scharfe Veranschlagung des deutschen Volkseinkommens.  
Die Erfüllung der Sachwerte sei aber nicht nur erforderlich zur  
Erfüllung unserer Verbindlichkeiten, sondern auch zur Er-  
haltung unserer inneren Bedarfs. Die Sanierung unserer Wä-  
rung dürfe nicht auf Kosten der Menschen, sondern müsse auf  
Kosten der Güter geschehen. Nur durch Abbau des Volkseinkommens  
hätte durch Abbau des Menschenlebens könne die Befundung des  
deutschen Volkes erfolgen.

Anklage gegen Hitler und Genossen auf Hochverrat.  
München, 10. Jan. Wie die Münchener Neuesten Nach-  
richten“ melden, ist nunmehr von der Staatsanwaltschaft die  
Anklage gegen Hitler und Genossen beim Volksgericht in  
München eingereicht worden. Die Anklage lautet auf Hochver-  
rat und richtet sich gegen 8 Personen, die an dem Umsturzver-

such in führender Rolle beteiligt sind. Aller Wahrscheinlich-  
keit nach dürfte die gerichtliche Mierung erst Mitte oder Ende  
Februar herbeigeführt werden.

Rüstpläne für Separatisten erschaffen.  
Speyer, 10. Jan. Ueber die Ermordung der Separatisten-  
führer in Speyer liegen jetzt in Beträchtigung der „Daily Mail“  
Weldung eine ganze Anzahl weiterer Meldungen vor. Nach  
einem und zugewandten eigenen Bericht wurden bei dem An-  
schlag neben dem „Präsidenten“ Heinz Orbis noch vier weitere  
Separatistenführer getötet: Dr. Sand, W.-Hof, Hübner, Wei-  
gel und Weiß. Ueber den Dergang der Tat berichtet die au-  
tonome Separatistenregierung der Pfalz nun folgenden offizi-  
ellen Bericht: Am Mittwoch gegen 10 Uhr wurde der Präsident  
der autonomen Regierung Heinz Orbis im Gastzimmer des Hotel  
„Wittelsbacher Hof“ durch Revolvergeschosse niedergestreckt. Heinz  
lag mit einigen Bekannten am Tisch, als plötzlich fünf junge,  
gut gekleidete Leute im Lokal erschienen. Sie hielten sich hinter  
die Tische der einzelnen Herren und riefen: „Hände hoch! Es  
gilt den Separatisten!“ Von den Betroffenen war Heinz sofort  
tot. Außerdem wurden vier Herren getroffen, die alsbald star-  
ben. Die Täter sind unerkannt entkommen. In Freiburg  
wurden als Geiseln hienach mehrere Beamte des Oberlandes-  
gerichts festgenommen.

Dieser offizielle Bericht deckt sich im wesentlichen mit fol-  
genden Einzelheiten über die Mordtat, die das Wolffbüro er-  
breitet. Danach wurde Heinz Orbis in dem Augenblick von  
der Kugel getroffen, als er auf „Hände hoch“ von sei-  
nem Platz aufstehen und die Hände erheben wollte. Die Kugel  
traf ihn in den Hinterkopf, worauf er lautlos zusammen-  
brach. Die vier außer Heinz Angehörigen waren ebenfalls im  
Krankenhaus. Einer der Hotelgäste wurde durch einen Schuß  
in den Mund verletzt, jedoch nicht lebensgefährlich. Ein an-  
derer Gast, der, ohne zu wissen, wenn die Schiffe galtten, durch  
ein Fenster entkommen wollte, erlitt einen Schuß, der glück-  
licherweise nur seinen Kopf durchlöcherte. Das Vergehen der Mi-  
täter kam außerordentlich überausend. Es wird erzählt,  
daß zwei von ihnen sich schon vorher an den Tisch gesetzt hat-  
ten, an dem Heinz Orbis genommen hatte, und daß sie sich mit  
ihm und seiner Umgebung eine Festung unterbieten. Man  
hatten sie sich aus dem Saal zurückgezogen, so öffnete sich die  
Türe, vier oder fünf junge Männer, die ungenannt farblich  
vorangingen, riefen „Hände hoch“ und gaben sofort Schüsse an.  
Ein anderer ihrer Mitbewerber, der ebenfalls einen Revolver hoch-  
hielt, schaute unmittelbar nach Aufgabe der Schüsse den elek-  
trischen Zentralschalter aus, so daß die Täter, die die Schüsse  
abgegeben hatten, unerkannt und unbedeutend im Dunkel ent-  
kam.

Verhaftung von Geiseln in Speyer.  
Freiburg, 10. Jan. Als Geiseln für die Ermordung des  
Leiters der Regierung der autonomen Pfalz, Heinz Orbis,  
wurden heute nacht festgenommen: Überregierungsrat Dr.  
Kochmann, Direktor Dr. Seemann, Landesgerichtspräsident  
Habel, Staatsanwalt Böhm, Bürgermeister Böhring, Amts-  
gerichtsrat Müller, Justizsekretär Wilsch.  
Frankreich der Schaubige.  
Berlin, 10. Jan. Die Mütter aller Verleumdungen sind  
sich einig darin, daß die Mütter von Speyer nur aus dem  
Treiben des separatistischen Geistes hervorgegangen ist, das  
unter dem Schutz der französischen Botschaft sich so dreist ent-  
wickeln durfte. Was der „Vorwärts“ schreibt, ist im Grunde  
die allgemeine Auffassung: „An dem Witz, das gehen in  
Speyer verossen wurde, gibt es nur einen wahrhaft schädli-  
gen Zustand: Die französische Regierung. Wenn dieser unerträgliche  
Zustand jetzt zu blutigen Taten geführt hat, so sind sie nur  
die Konsequenz der von der französischen Regierung ausgeüb-  
ten, Recht und Vertrag höhnernden Unterdrückungspolitik.“  
Daneben kommt noch die Hoffnung zum Ausdruck, daß die fran-  
zösische Regierung ein Gesehen haben und ihre Teil nicht in  
neuen Sanktionen suchen wird. Die Deutsche Allgemeine Zeitung  
formuliert diese vielleicht trügerischen Hoffnungen also:  
„Sofortlich schafft man sich in der Pfalz Zustände, welche die  
Gefahr neuer heftiger Explosionen verbieten. Das kann nur  
dadurch geschehen, daß man der pfälzischen Bevölkerung ihr  
Recht gibt und sie von den Händen der Separatisten befreit.“

Freigabe der Kohlenausfuhr im Ruhrgebiet.  
Dortmund, 10. Jan. General Deutsch hat dem belgischen  
Verhandlungsamt folgendes mitgeteilt: „In Uebereinstimmung mit  
der internationalen Rheinlandkonvention wird jede Kontrolle  
bestehlich des Verkehrs mit Brennstoffen in alle und neutralen  
Gebiet, sowie jede Kontrolle der Ausfuhr, über welche  
Ordnungen sie auch immer stattfinden, aufgehoben. Was den  
Verkehr mit Nebenprodukten der Kohle anlangt, so ist bis jetzt  
noch keinerlei Hemmung eingetreten.“ Nach dem „Deutsche“  
beabsichtigt Belgien, die belgischen Gebiete künftig nach einem  
neuen Plane auszugeben, der, wenn er Frankreich alle Vor-  
teile bieten sollte, die man sich davon verspricht, nach Belgiens  
Ansicht nicht weniger als 2 1/2 Millionen Tonnen Kohlen, Stroh  
und Braunkohlen im Jahre 1924 zu liefern hätte. Da Frank-  
reich nicht mehr als 11 bis 14 Millionen Tonnen deutscher  
Kohle jährlich annehmen könne, so frage es sich, was mit den  
überflüssigen 10 bis 12 Millionen Tonnen geschehen solle. —  
Man sieht, der Voinanz ist hinsichtlich der Produk-wirtschaft des  
Ruhrgebietes noch immer sehr optimistisch.

Schiedsspruch im Kölner Braunkohlenstreit.  
Köln, 10. Jan. Wie der Arbeitgeberverband im rheinischen  
Braunkohlenrevier mitteilt, wurde von der Schlichtungskommission  
ein Schiedsspruch für das Kölner Braunkohlenrevier gefällt,  
wonach vorübergehend das Ausschussensystem wieder einge-  
führt wird. Die tägliche Arbeitszeit beträgt im allgemeinen  
sechs Stunden, die Schichtarbeit einschließlich der Pausen 12 Stun-  
den. Der Wechsel von Tag- und Nachtschicht an Sonntagen  
hat so zu erfolgen, daß eine 24stündige Wechselsschicht unter al-  
len Umständen vermieden wird. Im Wochendurchschnitt soll  
dabei keine andere Arbeitszeit als 42 Stunden beanspruchen  
und ferner soll mindestens jeder zweite Sonntag dienstag sein.  
Die Bezahlung von Mehrarbeit erfolgt zu dem jeweils festge-  
legten Stundenlohn, also ohne Ueberstundenzuschlag. Für Ar-  
beiten an Sonn- und Feiertagen wird ein Wochenlohn von  
50 Prozent gezahlt. Der Durchschnittslohn beträgt 420  
Mark je Schicht.

# Sie brauchen

Rechnungen, Quittungen, Couverts, Prospekte,  
Statuten, Postkarten, Zahlkarten, Zahlungsaufträge,  
Ankündigungen, Programme, Visiten, Verlobungs-  
und Hochzeitskarten, Trauerbriefe, Trauerkarten,  
... Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen. ...  
Sie werden vorzüglich und preiswert bedient in der  
„Engländer-Druckerei in allen Arten von  
**Drucksachen!**



